

DIE NSS 2014: AUF DEM WEG ZU EINER OBAMA-DOKTRIN?

Die Obama-Administration wird im Jahr 2014, möglicherweise sogar schon 2013, ihre zweite Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) veröffentlichen. Substanzielle Haushaltszwänge setzen hierfür den Rahmen. Daher werden sich die USA zunehmend auf ihre Kerninteressen konzentrieren. Die nächste NSS sollte vor allem Antworten auf drei Herausforderungen geben: Die Neudefinition bestehender Allianzen; die Rückbesinnung auf Asien; und die Einhegung der US-Drohneinsätze. Eine kohärente «Obama-Doktrin» wird die neue NSS jedoch wahrscheinlich nicht darstellen.



US-Präsident Barack Obama hat John Brennan, einen der Architekten der bewaffneten Drohneneinsätze der USA, zum neuen CIA-Direktor berufen. Washington, 7. Januar 2013. REUTERS / Jason Reed

«Wir werden nicht zögern, nötigenfalls allein zu handeln und unser Recht auf Selbstverteidigung präemptiv wahrzunehmen.» So formulierte es der damalige US-Präsident George W. Bush in seiner Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) 2002. Die «Bush-Doktrin» war geboren. Sie stellte den programmatischen Hintergrund der Irak-Invasion vom März 2003 dar. Die NSS 2002 verdeutlicht, welche Bedeutung eine Nationale Sicherheitsstrategie für die USA und die Welt haben kann. Wird US-Präsident Barack Obama nach der NSS 2010 seine zweite Chance nutzen, eine «Obama-Doktrin» zu formulieren?

1986 verpflichtete der US-Kongress die Regierung dazu, ihm jährlich über die nationale Sicherheitsstrategie Bericht zu er-

statten. Seit der Präsidentschaft von Bill Clinton (1993–2001) hat es sich eingebürgert, dies im Rhythmus von vier Jahren zu tun. Der NSS als sicherheitspolitischem Grundlagendokument ist so eine grössere öffentliche Aufmerksamkeit gewiss. Ihre Bedeutung erhält die NSS im Wesentlichen aus drei Aspekten: Erstens gibt sie dem Präsidenten die Möglichkeit, aussenpolitische Akzente zu setzen. Zweitens bindet sie in einem langen Entstehungs- und Konsultationsprozess zahlreiche Ministerien ein und verpflichtet sie auf gemeinsame Positionen. Der Entstehungsprozess kann somit in mancherlei Hinsicht bedeutender sein als die potenziellen Folgen der Strategie. Drittens setzt jede Regierung durch die NSS, ebenso wie durch aussenpolitische Grundsatzreden, selber den

Massstab, an dem ihre eigene Aussen- und Sicherheitspolitik in den Folgejahren gemessen und eingeordnet wird.

Obama hat im Januar 2013 seine zweite und letzte Amtszeit angetreten. US-Präsidenten nutzen diese traditionell für aussenpolitische Akzente. Da sie nicht zur Wiederwahl anstehen, müssen sie weniger auf innenpolitische Klientelgruppen Rücksicht nehmen. Zudem beginnt lange vor dem Ende der Amtszeit der Wahlkampf um die Nachfolge – in diesem Klima sind grosse innenpolitische Reformprojekte schwer durch den Kongress zu bringen. Die Aussenpolitik jedoch ist das Prärogativ des Präsidenten; hier hat er zumeist noch Spielraum.

Bislang zeigte sich Obama in erster Linie als Innenpolitiker. Er versprach *nationbuilding at home* anstelle von langwierigen, teuren Kriegen im Mittleren Osten und in Afghanistan. 2011 verliessen die letzten US-Soldaten den Irak, und 2014 wird «Obamas Krieg» in Afghanistan in wesentlichen Teilen beendet sein. Was folgt dann? Obama steht vor der Herausforderung, seine sicherheitspolitische Agenda zu konkretisieren. Seine Finanzplanung setzt ihm dabei enge Grenzen.

Widersprüchliche Auswirkungen von Budgetzwängen

Im Juni 2010 bezeichnete der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Admiral Michael Mullen, die schnell steigenden US-Staatsschulden als grösste Bedrohung der nationalen Sicherheit. Seitdem ist klar, dass der Verteidigungshaushalt einen

erheblichen Beitrag zu den Sparanstrengungen der Regierung beitragen muss. Im Januar 2012 kündigte Präsident Obama im Pentagon eine Reduktion des Verteidigungshaushalts um rund 500 Milliarden US-Dollar über 10 Jahre an. Am 1. März 2013 trat zudem der «*sequester*» in Kraft – zusätzliche, substanzielle und allgemeine Budgetkürzungen von 1,2 Billionen Dollar bis 2021, die ganz wesentlich den Verteidigungshaushalt treffen. Insgesamt sank somit der Verteidigungshaushalt 2013 um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr – die grösste Reduktion seit 1955. Zwar hofft das Pentagon bisher auf ein baldiges Ende des *sequester* und rechnet für das Haushaltsjahr 2014 optimistisch mit höheren Zahlen – sicher ist das aber nicht.

Diese Einsparungen setzen den Rahmen für die sicherheitspolitische Planung Obamas. Die bisherigen Reduktionen bleiben nicht ohne Folgen auf das Militär. Im historischen Kontext sind die 2012 verkündeten Truppenreduzierungen jedoch verhältnismässig gering – auch nach der Verkleinerung der Landstreitkräfte um rund 100'000 Soldaten und Marineinfanteristen bis 2017 werden diese immer noch grösser sein als vor dem 11. September 2001. In den Bereichen Kriegsmarine und Luftwaffe werden die Sparpläne bei Schiffen, Flugzeugen und Waffensystemen die Anzahl und Qualität von Neuanschaffungen beeinflussen. Trotz der geplanten zahlenmässigen Reduzierungen sollen die Streitkräfte flexibler und agiler werden. Eine fundamentale Beeinträchtigung der Einsatzfähigkeit ist deshalb trotz der angestrebten Verkleinerung nicht zu erwarten.

Sollte zusätzlich zu den regulären Haushaltskürzungen auch der *sequester*, der jeden Bereich des Verteidigungshaushalts trifft, aufrecht erhalten bleiben, hätte dies dagegen weitreichende Folgen: Übungen müssten verkürzt oder gestrichen und die Wartung von Material und Gerät müsste reduziert werden. Dies hätte, verbunden mit den ohnehin geplanten Verkleinerungen, erhebliche Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft zahlreicher Truppenteile. Die Befehlshaber aller Teilstreitkräfte haben daher öffentlich vor drastischen Konsequenzen gewarnt.

Trotz allem ist die militärische Vormachtstellung der USA nicht unmittelbar bedroht. Sollte es zu einer Einigung im Kongress kommen und sollte der *sequester*

beendet werden, wovon mittelfristig auszugehen ist, dann werden die US-Streitkräfte insgesamt konkurrenzlos bleiben und in den meisten denkbaren Szenarien ihresgleichen suchen. Zugleich haben die Kürzungen einen konstruktiven Nebeneffekt: Sie zwingen die Regierung zu priorisieren und geben ihr eine Rechtfertigung für ohnehin anstehende, einschneidende Entscheidungen an die Hand. Kurz: Die USA werden mittelfristig zwar nicht mehr in der Lage sein, alle Eventualitäten abzubilden – sie werden jedoch weiterhin, und auf lange Sicht, dort dominant sein, wo sie es sein wollen.

Drei neue Entwicklungen

Die erste NSS unter Präsident Obama wurde im Mai 2010 veröffentlicht. Sie war in erster Linie eine dezidierte Abkehr von der Aussenpolitik der George-W.-Bush-Jahre. Im Mittelpunkt standen nunmehr der Erhalt der Fundamente eigener Stärke zu Hause (Bildung, wirtschaftliche Stärke, gesunder Staatshaushalt), die verstärkte Bindung an international geltende Rechtsnormen, die Konzentration auf den «guten Krieg» in Afghanistan sowie die Vermeidung einer kräfteaubenden Überdehnung.

Diese von Pragmatismus und Innenpolitik geprägten Grundsätze sind weiterhin gültig. Auch in den kommenden vier Jahren wird eine Konzentration auf US-Kerninteressen prägend sein. Allerdings sind seit 2010 drei neue, interdependente Politikfelder in den Fokus gerückt, die die Obama-Administration gestalten muss: Erstens wird sie im Sinne des «Führens aus dem Hintergrund» die europäischen NATO-Verbündeten in die Pflicht nehmen und ihre eigene Rolle so neu definieren. Zweitens wird die verstärkte Ausrichtung der USA nach Asien fortgesetzt werden, was Folgen für alle Bereiche der Aussen- und Verteidigungspolitik haben wird. Und drittens wird der Druck auf Präsident Obama wachsen, die zunehmenden Drohneneinsätze einzuhegen und in eine rechtlich begründete, kohärente Strategie einzubetten.

Neudefinition bestehender Allianzen

Während der NATO-Intervention in Libyen ab März 2011 bezeichnete das Weisse Haus die Politik Präsident Obamas als «Führen aus dem Hintergrund» (*leading from behind*). Der Begriff steht dafür, dass Washington seine Verbündeten zunehmend in

die Pflicht nehmen und sich zwar politisch, aber nicht mehr überall militärisch an vorderster Front engagieren will. So stellten die USA zu Beginn des Libyen-Einsatzes die wesentlichen Kräfte zur Verfügung. Auch wurde der Grossteil der Operationen aus dem US-Afrika-Kommando in Stuttgart geführt. Von Beginn an planten die USA jedoch die Übergabe der Verantwortung an Verbündete. In der Tat übernahm die NATO nach wenigen Wochen die operative Kontrolle. Knapp zwei Jahre später, im Frühjahr 2013, überliessen die USA auch im Kampfeinsatz in Mali der französischen Armee die Führung und beschränkten sich auf die Koordination und Unterstützung mit Hochwerttechnologie wie Drohnen.

Die Botschaft ist klar: Die USA werden nicht länger relativ unkomplizierte Einsätze in Europas Peripherie massgeblich bestreiten. Dies haben auch schon Obamas Vorgänger deutlich zu machen versucht. Seit dem Ende des Kalten Krieges sind die USA immer weniger dazu bereit, sich anstelle der militärisch schwächeren europäischen Verbündeten zu engagieren. Der aktuelle Präsident setzt diesen Vorsatz unter den Vorzeichen der Budgetzwänge, der allgemeinen Kriegsmüdigkeit der US-Bevölkerung und der erneuten Hinwendung nach Asien jedoch konsequent um. Die erheblichen logistischen, technologischen und operativen Probleme der europäischen Staaten in Libyen zeigten die Folgen dieser verstärkten Zurückhaltung der USA deutlich auf und waren Anlass für die mahnenden Worte des damaligen US-Verteidigungsministers Robert Gates an die Adresse der europäischen Verbündeten im Juni 2011, ihre Verteidigungsanstrengungen nicht zu vernachlässigen.

Zu beachten ist, dass *leading from behind* auch unter Obama kein generelles Prinzip der US-Aussenpolitik darstellt. Sollten ihre Kerninteressen berührt sein, dann werden die USA auch weiterhin willens sein, unilateral zu handeln und «von vorne» zu führen: Szenarien wie ein Angriff gegen den Iran und auch gewisse Operationen in Syrien sind Beispiele dafür. Präsident Obama hat sich, entgegen den Erwartungen mancher Kritiker, nicht als zögerlich in der Anwendung militärischer Gewalt erwiesen – lediglich als wählerlich.

Fokus Asien und «konventionelle Wende»

Kerninteressen der USA sieht die Obama-Administration vor allem in Asien berührt. Die von Beobachtern auch «Achsendre-

Bewaffnete Drohneneinsätze der USA

- I Zuständigkeit:** Die US-Drohneneinsätze werden von zwei Organisationen durchgeführt: dem Militär und dem zivilen Auslandsgeheimdienst CIA. Berichten zufolge liegt die Kontrolle für Pakistan und möglicherweise weitere Staaten bei der CIA. Zumindest für Somalia und Libyen war beziehungsweise ist das Militär mit den Spezialkräften des *Joint Special Operations Command* (JSOC) zuständig. Im Jemen scheinen beide Organisationen aktiv zu sein. Beide Organisationen haben einen getrennten Entscheidungsfindungsprozess und verfügen über separate, sich teilweise aber überschneidende Listen von Zielpersonen. Laut Berichten werden die Ziellisten von Präsident Obama genehmigt; die Ausführung liegt dann bei JSOC und CIA. Zumindest in einigen Fällen, bei denen neben den Zielpersonen zivile Opfer befürchtet wurden, behielt sich Präsident Obama die letzte Entscheidung zum Einsatz ebenfalls vor. Derzeit wird eine exklusive Zuständigkeit des Militärs für die Drohneneinsätze diskutiert.
- I Kontrolle:** Die juristische und politische Kontrolle der Regierung durch den US-Kongress ist aufgrund der Geheimhaltung deutlich schwächer als bei konventionellen Operationen. Insbesondere die gezielte Tötung des US-Staatsbürgers Anwar al-Aulaqi im Jemen im September 2011 warf grundsätzliche Fragen nach der Rechtmässigkeit der Tötung ohne den verfassungsmässig garantierten Prozess auf. Dies führte auch zu heftiger Kritik anlässlich der Ernennung John Brennans zum CIA-Direktor. Brennan war davor als Berater von Obama massgeblich für die Koordination der Drohneneinsätze zuständig gewesen.
- I Ziele:** Zunächst waren nur namentlich bekannte, hochrangige Führer von Gruppierungen in Pakistan Ziel der Drohnenangriffe. In den letzten Jahren wurden die Einsätze zunehmend auf die mittlere Führungsebene und einfache Kämpfer ausgeweitet. In einigen Regionen erlaubte Präsident Obama überdies sogenannte *signature strikes*. Bei solchen wird ein Angriff nach der Auswertung von Bewegungsprofilen und weiteren Indizien angeordnet, auch wenn Namen und Funktion der Zielpersonen nicht zweifelsfrei bekannt sind. Zumindest in Pakistan hatten die Drohnenangriffe wohl erhebliche Auswirkungen auf den Kern von al-Kaida und verbündete Gruppen. Sie führten zu schweren Verlusten in den Führungsriegen und erschwerten die interne Kommunikation erheblich. Mit Blick auf die weiteren Einsatzgebiete ist die Effektivität der Einsätze jedoch umstritten.

hung» (*pivot*) genannte Verschiebung des Schwerpunkts amerikanischer Aussen- und Sicherheitspolitik vom Atlantik zum Pazifik zeichnete sich bereits zu Beginn der Präsidentschaft Obamas ab. Der Präsident verkündete die neuen Prioritäten im November 2011 – notabene während einer Rede im australischen Parlament. Obama stellte dabei unmissverständlich klar: Die USA waren immer und sind weiterhin auch eine pazifische Nation.

Im 20. Jahrhundert führten die USA drei grosse Kriege im pazifischen Raum (Zweiter Weltkrieg, Korea, Vietnam), zuzüglich unzähliger kleiner und andauernder Operationen. Zehntausende US-Soldaten aller Teilstreitkräfte sind dauerhaft in Japan und Südkorea stationiert; zusätzlich sind die USA Garant für die Sicherheit Taiwans. Dennoch war seit 1945 bis in die jüngste Zeit hinein der Grossteil der Ressourcen, insbesondere der militärischen Kräfte, in Europa gebunden. Die Kriegsmarine teilte ihre Flotte im Verhältnis 50:50 zwischen den beiden Weltmeeren auf – angesichts des ungleich grösseren pazifischen Raumes faktisch eine Konzentration auf Europa.

Hintergrund für die erneute Hinwendung nach Asien ist vor allem der Aufstieg Chinas. Das zunehmend selbstbewusste Auftreten Pekings, insbesondere im maritimen Konflikt mit zahlreichen Nachbarstaaten, hat die Region verunsichert. Viele Staaten

verlangen eine glaubhafte und verstärkte Präsenz Washingtons, um Chinas Einfluss auszugleichen. Dazu zählen vertraglich Verbündete wie Japan, Südkorea und Australien, aber auch Staaten, die weiterhin zwischen den USA und China manövrieren, wie Vietnam und Thailand. Wie dargelegt erfordern und ermöglichen die angekündigten Haushaltskürzungen Priorisierungen: Präsident Obama hat schon im Januar 2012 hervorgehoben, dass die beabsichtigten Kürzungen im Verteidigungsetat nicht die militärische Präsenz in Asien treffen werden. Die USA werden diese Präsenz unter anderem auf den Philippinen, in Australien und in Singapur sogar verstärken. Insgesamt wird die US-Marine ihre Flotte zukünftig im Verhältnis 60:40 zwischen Pazifik und Atlantik aufteilen.

Die Hinwendung nach Asien steht auch für eine Rückkehr der konventionellen Konfliktszenarien. Anders als im Irak und in Afghanistan wird der Schwerpunkt in Asien wohl weniger auf dem Kampf gegen Aufständische und der Ausbildung von Sicherheitskräften liegen. Es geht vielmehr um den Zugang zu See- und Lufträumen und gerade gegen Widerstand; die Verteidigung von Verbündeten gegen konventionelle Bedrohungen; und, zunehmend, den Auf- und Ausbau einer Raketenabwehr. Die

Bekämpfung des Terrorismus, wie sie seit Jahren auf den Philippinen unterstützt wird, dürfte eher die Ausnahme bleiben. Zwar soll die Finanzierung für Spezialkräfte weiter steigen und ihre globale Präsenz wird ebenfalls zunehmen. Insgesamt werden sich die USA jedoch wieder vermehrt auf «klassische Kriege» vorbereiten und sich entsprechend organisieren.

Diese «konventionelle Wende» wird Auswirkungen auf die Verteilung von Ressourcen innerhalb des US-Militärs haben. Profitieren werden ohne Frage Luftwaffe und Kriegsmarine; jene Teilstreitkräfte also, die in den letzten zehn Jahren um ihre Relevanz hatten fürchten müssen. Ihr Anteil am den Teilstreitkräften zugewiesenen Verteidigungsbudget für 2014 beträgt rund 69 Prozent. Der Trend zur grösseren Bedeutung von Spezialkräften ist gleichfalls ungebrochen. Den Preis zahlen werden vor allem die konventionellen Landstreitkräfte. Diese bürokratischen Verteilungskämpfe spiegeln strategische Entscheidungen wider, die grossen Einfluss auf die zukünftig zur Verfügung stehenden militärischen Optionen haben.

Einhegung des Drohnenkriegs

Der Einsatz von Drohnen, also unbemannten, ferngesteuerten Luftfahrzeugen, ist zum Markenzeichen der Anti-Terror-Politik Obamas geworden. Nirgendwo wird seine Bereitschaft zur Anwendung von militärischer Gewalt deutlicher als im Kampf gegen al-Kaida und verbündete Organisationen. Nirgendwo ist jedoch auch für Obama der Druck grösser, seine Politik transparent zu erklären und ihr einen Sinn zu geben. Dem eskalierenden Drohnenkrieg strategische Kohärenz, tragfähigen juristischen Boden und einen stabilen politischen Rahmen zu verleihen, wird eine der grössten Herausforderungen für den Präsidenten in seiner zweiten Amtszeit sein.

Obama muss dem Drohnenkrieg eine tragfähige politische und juristische Grundlage verleihen.

Bewaffnete Drohnen wurden schon unter Präsident George W. Bush mindestens gegen Ziele in Pakistan, Irak und Afghanistan eingesetzt. Seit Obamas Amtsantritt im Januar 2009 hat die Zahl der Einsätze jedoch signifikant zugenommen. Zudem wurden sowohl das Einsatzgebiet als auch die Zielgruppen der Drohneneinsätze ausgeweitet. Wie der *Council on Foreign Relations* (CFR) feststellt, wurden Drohnen für 95 Prozent aller gezielten Tötungen abseits der Kampfplätze in Afghanistan und Irak

eingesetzt. Unter Präsident Obama hat sich die Zahl solcher Einsätze ausserhalb der beiden hauptsächlichen Kriegsschauplätze versiebenfacht, von insgesamt 50 unter George W. Bush auf mittlerweile über 350 Einsätze. Bisher unbewaffnete Drohnen werden zudem zumindest in Niger und Mali und wohl auch in weiteren Staaten eingesetzt.

Eindeutig ist, dass die Einsätze in der lokalen Bevölkerung teilweise auf erhebliche Ablehnung stossen. Die Gründe sind beispielsweise Sympathie mit den getöteten Kämpfern und Wut über den in Kauf genommenen oder unabsichtlichen Tod Unbeteiligter. Je mehr die Drohneneinsätze nicht nur Schlüsselpersonal jihadistischer Gruppen mit weltweiter Agenda ins Visier nehmen, sondern auch auf andere Akteure zielen, desto unschärfer wird zudem die Linie zwischen internationalen Terroristen, nationalen islamistischen Kämpfern oder lokalen Widerstandskämpfern – so das Argument vieler Kritiker.

Mittlerweile wird diese Politik sowohl in den US-Medien als auch im Kongress und von namhaften Think Tanks scharf kritisiert. Beobachter sind angesichts des als ziellos und exzessiv wahrgenommenen Drohneneinsatzes zunehmend skeptisch. Sie vermissen eine eindeutige rechtliche Grundlage sowie ein Konzept, das die Drohneneinsätze politisch einbettet. Eine solche Strategie stünde vor der Herausforderung, den Kampf gegen den internationalen Terrorismus neu zu definieren und damit den neuen technologischen Mitteln von CIA und Militär politische Kohärenz zu verleihen – zum Beispiel durch die Koordination mit Entwicklungsprojekten und langfristiger Militärhilfe oder die Flankierung durch diplomatische Initiativen. Ohne eine solche übergreifende Strategie, so die Kritiker, bleiben die Luftschläge lediglich eine kurzfristig operativ erfolgreiche Taktik mit langfristig jedoch möglicherweise negativen strategischen Folgen.

NSS 2014 – Definition einer Obama-Doktrin?

Präsident Obamas aussenpolitische Herausforderungen sind zahlreich. Problemfelder, die ihn schon seit seinem Einzug ins Weisse Haus beschäftigen – wie das Nuklearprogramm des Iran, die Herausforderung durch Nordkorea, der Krieg in Afghanistan und der festgefahrene Friedensprozess in Nahost – bedürfen weiterhin seiner Aufmerksamkeit. Will er aber eine programmatische, umfassende NSS

formulieren, eine, die den letzten drei Jahren seiner Amtszeit aussenpolitisch Kontur gibt, so muss er auf die bedeutendsten neuen Fragen – die Neudefinition von Allianzen, die damit verbundene Hinwendung nach Asien und die Einhegung des Drohnenkrieges – Antworten finden.

Obama ist ein pragmatischer Präsident. Ihm sind die ideologischen Fundamente seines Vorgängers fremd; ebenso wenig ist er jedoch auch an manche althergebrachte Tradition der US-Aussenpolitik gebunden. Zudem steht er aussenpolitischen «Masterplänen» skeptisch gegenüber. Im Zentrum steht ein klarer Blick auf von ihm definierte US-Interessen. Daher wird die NSS 2014 wohl keine «Obama-Doktrin» enthalten, die es in Kohärenz, ideologischer Über-

zeugung und Absolutheitsanspruch mit der Bush-Doktrin von 2002 aufnehmen könnte und wollte. Antworten wird Barack Obama jedoch geben müssen – eine reine Abgrenzung von seinem Vorgänger wird nicht noch einmal reichen, um seiner Aussenpolitik Gestalt zu geben.

Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperte für diese Analyse:
Martin Zapfe
martin.zapfe@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

ISSN: 2296-0236

Bisher erschienen

- Nr. 132: Lashkar-e-Taiba: Lokale Organisation, globale Ambitionen
- Nr. 131: Berg-Karabach: Hindernisse für eine Verhandlungslösung
- Nr. 130: Der ICC: Hohe Erwartungen, zwiespältige Bilanz
- Nr. 129: Whole of Government: Zwischen Integration und Abgrenzung
- Nr. 128: Strategien gegen jihadistische Radikalisierung in Europa
- Nr. 127: Die Gruppe der nuklearen Lieferländer am Scheideweg
- Nr. 126: Pooling and Sharing, Smart Defence und die Schweiz
- Nr. 125: Nepal: Stockender Friedensprozess und Schweizer Engagement
- Nr. 124: Der syrische Bürgerkrieg: Zwischen Eskalation und Intervention
- Nr. 123: Die arabischen Revolutionen aus der Sicht Israels
- Nr. 122: Chemiewaffen-Verbot: Stand und Perspektiven
- Nr. 121: Nordkoreas Atomprogramm: zwischen Eindämmung und Dialog
- Nr. 120: Atomausstieg und Energieversorgung der Schweiz
- Nr. 119: Somalia: Geringe Aussichten auf Frieden
- Nr. 118: Arktis: Tauwetter mit Konfliktpotential
- Nr. 117: Indien-USA: Partnerschaft mit begrenztem Entwicklungspotential
- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs
- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche